

Kaum Lust auf Experimente



José Serra



Luís Inácio „Lula“ da Silva



Anthony Garotinho



Ciro Gomes

Entscheidungen der Wahljustiz und der Blick auf das Debakel in Argentinien zwingen die Kandidaten im Wahlkampf zur Konformität. Das Feld der Bewerber wurde bereits sichtlich enger.

TEXT: LORENZ WINTER

Zuerst stand die Schwarzhäufige im Mittelpunkt des Interesses, dann aber richtete sich die Aufmerksamkeit im brasilianischen Präsidentschaftswahlkampf plötzlich auf eine Blondine. Nachdem die Firma ihres Mannes in den Strudel eines Subventionskandals geraten war, verzichtete Roseana Sarney, bis dahin die Überraschungsanwärterin auf das höchste Amt im Staate, Knall auf Fall auf die Kandidatur. Dafür nahm Ex-Gesundheitsminister José Serra, Präsident Cardoso Wunschnachfolger, die Abgeordnete Rita Camata als künftigen Vize in sein Team auf. Er konnte damit als erster eine komplette Mannschaft vorstellen, noch dazu dürfte sich der „tucano“ durch seinen Entscheid für die 41jährige „Kongressmuse“ die Unterstützung zumindest eines großen Teils der PMDB für seine Kandidatur gesichert haben.

Damit wäre prinzipiell zugleich ein wichtiger Schritt in Richtung auf eine Neuaufgabe der jetzigen Koalition getan. Denn nachdem Itamar Franco keine Chance mehr hatte, von der PMDB nominiert zu werden, und der PFL nach dem Scheitern Roseana Sarneys kaum mehr Zeit bleibt, einen eigenen Kandidaten aufzubauen, errang Serra einen bedeutsamen taktischen Vorteil. Das Haupthandicap des 60jährigen Politiker besteht freilich nach wie vor in seiner mangelnden Akzeptanz beim Publikum: Bei Umfragen trennen ihn oft nur wenige Prozentpunkte (nach oben oder nach unten) von seinen Verfolgern.

Erstaunlich wirkt dagegen die wachsende Zustimmung für den Kandidaten der brasilianischen Arbeiterpartei (PT) Luis Inácio „Lula“ da Silva. Obwohl der 57jährige Ex-Gewerkschafter bereits mehrfach beim Ansturm auf den Palácio do Planalto stolperte und ihm seine Rivalen ständig die fehlende Erfahrung in politischen Ämtern ankreiden, schob sich Lula letztthin mit einem durchschnittlichen Anteil der Stimmabsichten von über 40 Prozent in eine Position vor, die seinen Sieg schon im ersten Wahlgang möglich erscheinen lässt. Jedenfalls aber wird es so ziemlich eng für Ciro Gomes und Anthony Garotinho, die beiden übrigen Mitbewerber links von der Mitte.

Natürlich ließ Lulas Vormarsch gleich einmal die Börse von Sao Paulo zittern, das Länderrisiko für brasilianische Anleihen kletterte, der Realkurs verfiel.

Aber gerade in solchen Situationen müsse man sich klarmachen, dass auch ein Wahlsieg des PT-Chefs die politische Landschaft Brasiliens kaum radikal umkrempeln werde, meint Walder de Góes, Leiter des Instituts für Politische Studien (IBEP). Entscheidend sei vielmehr die künftige Zusammensetzung des Kongresses, und die werde der jetzigen wohl ziemlich ähneln. Darüber hinaus befürwortet heute in der PMDB und unter den „tucanos“ (PSDB) eine klare Mehrheit von Notabeln und einfachen Parteimitgliedern die Rückkehr zu den Verhältnissen von vor Mitte 1988: Damals bildeten beide politische Verbände noch eine einzige Organisation.

Schließlich lässt das Debakel in Argentinien alle brasilianischen Parteien und ihre Kandidaten vor unbedachten Experimenten in der Wirtschaftspolitik zurückschrecken. Als die Galionsfiguren beispielsweise auf einem Wahlforum des Nationalen Industrieverbands (CNI) ihre diesbezüglichen Ideen erläuterten, trat die Übereinstimmung in wesentlichen Punkten besonders klar zutage. Gewiss: Vor einem Unternehmerpublikum mochten natürlich weder der neuerdings stets adrett geföhnte Lula noch der frischgebackene Sozialist Garotinho allzu umstürzlerisch argumentieren. Aber wenn sie ebenso wie Serra und Gomes (dieser diente im ersten Kabinett Cardoso vorübergehend als Finanzminister) die Tugend der Haushaltsdisziplin priesen, die Inflation zu bekämpfen gelobten oder durch Gründung eines Außenhandelsministeriums die brasilianischen Exporte anzukurbeln, taten sie das wohl kaum nur mit Blick auf ihre Zuhörer, sondern auch unter dem Eindruck der Pleite in Buenos Aires.

Nur hin und wieder waren ihre Ansprachen und Diskussionsbeiträge mit einer Prise Kontroverse gewürzt. So etwa, wenn Lula für sein Steuerreformprojekt einen Spitzensatz bei der Einkommensteuer von 50 Prozent nach dem Muster europäischer Länder nicht für tabu erklärte. Oder wenn Ciro mitten in seinem Versprechen, künftig keinen generellen Handelsprotektionismus zu betreiben, plötzlich doch mit „Vergeltungsschlägen“ vor allem in Richtung Washington fuchtelte, weil es brasilianische Ausfuhren diskriminiere. Per Saldo aber waren sich alle vier Debattenredner dann aber doch wieder einig: Kein Schuldenmoratorium und keine Schran-

ken fürs Auslandskapital, denn sonst ginge es mit dem wirtschaftlichen Aufbau Brasiliens natürlich nicht mehr voran.

Auch rein politisch betrachtet, verschärfte sich der Zwang zur Konformität unter den verschiedenen Gruppierungen letztthin durch einen Entscheid der Wahljustiz und des Bundesgerichtshofs (TSE/TSF). Danach dürfen Parteien mit eigenen Präsidentschaftskandidaten bei der Nominierung von Gouverneuren, Senatoren, Kongressmitgliedern und Abgeordneten für die Parlamente der Bundesstaaten keine anderen Bündnisse eingehen als auf nationaler Ebene. Dieser Gerichtsbeschluss stärkte die Positionen Serras und Lulas. Hingegen schwächte er Ciro und Garotinho, die nun vor der Alternative stehen, entweder ihre Kandidatur zurückzuziehen, um wenigstens eine politisch respektable Kongressfraktion zu bewahren, oder auf der Teilnahme zumindest am ersten Urnengang zu beharren, später aber eventuell in die persönliche und organisatorische Bedeutungslosigkeit zurückzusinken.

Brasilien ist nach dem Gerichtsentcheid zwar noch nicht auf dem Weg zu einem Zwei-Parteien-System, das auf das Wählervolk nach wie vor unattraktiv, zumindest jedoch befremdlich wirkt. Doch in Wahlkampfaussagen von Serra und Lula (Ciro und Garotinho schwiegen sich zu dem Thema bisher aus) gibt es auch Übereinstimmungen im Blick auf die politischen Spielregeln der kommenden Jahre. Beide sind zum Beispiel für die Abschaffung der von Cardoso 1998 durchgesetzten Möglichkeit einer Wiederwahl des Staatsoberhauptes.

Beide halten auch das parlamentarische Wahlsystem (also die Bestimmung des Präsidenten durch eine Kongressmehrheit) für besser als die heute praktizierte Direktwahl. Lula weiss sich damit allerdings vorerst im Widerspruch zu seiner Partei, die 1993 noch für den „presidencialismo“ optierte. Unterschiedlich sind dagegen die Auffassungen der beiden Spitzenkandidaten von der optimalen Mandatsdauer: Serra würde gern wieder die fünf Jahre beanspruchen, die einst José Sarney für sich ausbedang. Lula hält die jetzt üblichen vier Jahre für gut genug. Die politische Landschaft bleibt also auch über das Votum vom Herbst 2002 hinaus unter Spannung. ■